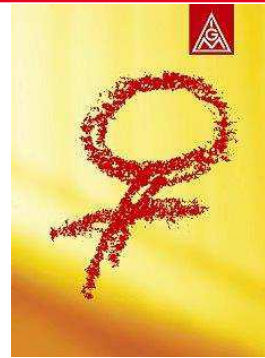




BUNDESTAGSWAHL 2017 POLITIK FÜR ALLE!

Vergleich der Wahlprogramme unter
frauen- und familienpolitischen
Aspekten



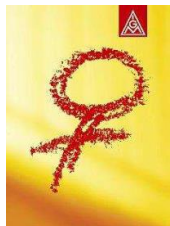
IG Metall-Frauen
Esslingen



Liebe Kolleginnen,



am 24. September sind Bundestagswahlen. Von den insgesamt 61,5 Millionen Wahlberechtigten sind 31,7 Millionen Frauen, also etwa 51,5 Prozent. Es ist deshalb wahlentscheidend, wie viele Frauen sich an der Wahl beteiligen und welcher Partei sie ihre Stimme geben.

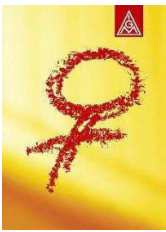
In Baden-Württemberg stehen 21 Landeslisten zur Wahl, hinzu kommen viele Einzelbewerber/-innen – insgesamt 587 Kandidatinnen und Kandidaten. Eine Auswahl zu treffen fällt deshalb oft schwer. Wir, der Ortsfrauenausschuss der IG Metall Esslingen, haben die Wahlprogramme der Parteien unter die Lupe genommen, die nach Ansicht aller Meinungsforscher im 19. Deutschen Bundestag vertreten sein werden. Und wir haben uns die Punkte herausgepickt, die insbesondere für Frauen wichtig sind:



**IG Metall-Frauen
Esslingen**









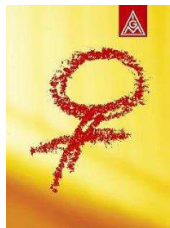
						
Grundaussagen	<p>„In allen Lebensbereichen prägen Frauen heutzutage unser Land mit: In Wirtschaft, Gesellschaft, Ehrenamt und Politik. Ihre völlige Gleichstellung ist trotzdem noch immer nicht überall erreicht.“</p> <p>„Noch stärker als bisher wollen wir in den kommenden vier Jahren unsere Förderung auf Familien und Kinder ausrichten. Wir finden uns nicht mit Kinderarmut ab. Wir wollen, dass alle unsere Kinder die bestmögliche Erziehung, Bildung und Betreuung erhalten, unabhängig von Herkunft und Lebenssituation der Eltern.“</p>	<p>„Wir wollen die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern in allen Bereichen und ihnen ermöglichen, ihre Lebentwürfe zu verwirklichen.“</p> <p>„Wir sorgen dafür, dass Familie, Beruf und Pflege besser zusammengehen. Wir ermöglichen Eltern, berufliche und familiäre Aufgaben gerecht aufzuteilen. Dafür brauchen sie ein gutes Angebot an Kitas und Schulen sowie mehr Zeit und Geld.“</p>	<p>„Die Hälfte der Macht den Frauen, das ist seit unserer Gründung unser Anspruch...Wir verstehen feministische Politik konsequent als eigenständiges Politikfeld mit einer Querschnittsaufgabe, die alle anderen Gesellschaftsbereiche durchdringt.“</p> <p>„Jede und jeder soll die Chance auf ein gutes Leben bekommen.Unser Ziel ist eine Gesellschaft, in der nicht soziale Herkunft, Geschlecht, ethnische Wurzeln oder körperliche Voraussetzungen über die Zukunft von Menschen entscheiden, sondern deren Wünsche und Talente.“</p>	<p>„Die feministischen Bewegungen und viele mutige Menschen haben in den vergangenen Jahrzehnten so manchen Fortschritt erkämpft – auch gegen heftige Widerstände: stereotype Rollenbilder wurden aufgeweicht, und es sind mehr Frauen erwerbstätig als noch eine Generation zuvor. Doch die Revolution der Geschlechterverhältnisse ist unvollendet. Noch immer sind die Tätigkeiten zwischen den Geschlechtern ungerecht verteilt.“</p> <p>„DIE LINKE steht für eine emanzipatorische und zukunftsweisende Familienpolitik. Familienpolitik muss darauf zielen, allen Menschen ein gutes, planbares Leben ohne Zukunftsangst zu ermöglichen.“</p>	<p>„Wir Freie Demokraten setzen uns für Chancengleichheit von Frauen und Männern ein. Wir wollen, dass jeder Mann und jede Frau passende Rahmenbedingungen vorfinden, um das eigene Potenzial voll zu entfalten und das Leben nach eigener Vorstellung zu gestalten.“</p> <p>„Wir Freie Demokraten wollen Kinderarmut bekämpfen und deshalb Kinder in den Mittelpunkt der familienpolitischen Förderung rücken...Denn Chancengerechtigkeit und Bildungszugang sind die Grundlage für das persönliche Vorankommen und ein selbstbestimmtes Leben.“</p>	<p>„Die Gender-Ideologie widerspricht sowohl den wissenschaftlichen Erkenntnissen der Biologie und der Entwicklungspsychologie als auch der lebenspraktischen Alltagserfahrung vieler Generationen. Wir lehnen daher Bestrebungen auf nationaler wie internationaler Ebene ab, diese Ideologie durch Instrumente wie Gender-Studies, Quotenregelungen z.B. für Frauen, Propagandaaktionen wie den „Equal Pay Day“ oder die „geschlechterneutrale Sprache“ umzusetzen.“</p> <p>„Deutschland braucht einen Paradigmenwechsel hin zu einer nationalen Bevölkerungspolitik. Familienpolitik soll deshalb den Maßstab für alle mit ihr verbundenen Politikfelder setzen, insbesondere für die Sozial-, Steuer- und Bildungspolitik.“</p>



**IG Metall-Frauen
Esslingen**



						
Gleichberechtigung	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Stärkung der sexuellen Selbstbestimmung. Schutz von Frauen und Minderjährigen vor Gewalt.“ ➤ 	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Bündelung aller gleichstellungspolitischen Maßnahmen in einem Aktionsplan Gleichstellung. ➤ Beratung und Unterstützung der Gleichstellung durch Einrichtung einer entsprechenden Stelle (plus Transfer der Erkenntnisse in die Öffentlichkeit). 	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Beseitigung aller noch bestehender Ungerechtigkeiten ➤ Gerechte Teilung von Chancen, Macht, Geld und Zeit zwischen Frauen und Männern. 	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Gleichstellung von Frauen und Männern, wobei die Gleichstellung nur ein Etappenziel ist. Geschlechtergerechtigkeit heißt Emanzipation für die ganze Gesellschaft. ➤ Einführung eines Parität-Gesetzes, das die Parteien verpflichtet, ihre Wahllisten und Wahlkreise geschlechterparitätisch aufzustellen. 	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Einsatz für Chancengleichheit von Frauen und Männern. ➤ Schaffung von passenden Rahmenbedingungen, um das eigene Potenzial voll entfalten und das Leben nach eigener Vorstellung gestalten zu können. 	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Abschaffung der Gender-Forschung. ➤ Keine Mittelbereitstellung von Bund und Ländern für die Gender-Forschung und Abschaffung aller Gender-Professuren. ➤ Abschaffung der Gleichstellungsbeauftragten an den Universitäten.
Beruf	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Seit 2013 Einführung der Frauenquote für Frauen in Führungspositionen in der Wirtschaft und des Entgelttransparenz-Gesetzes sowie Novellierung des Mutterschutzgesetzes. ➤ Gleichstellung in Führungspositionen im öffentlichen Dienst bis spätestens 2025. 	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Beendigung der Lohnungleichheit zwischen Frauen und Männern (erster Schritt war die Einführung des Entgelttransparenzgesetzes, zweiter Schritt wird die Weiterentwicklung zu einem Entgeltgleichheitsgesetz mit Verbandsklagerecht sein). 	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Aufwertung sozialer Berufe. ➤ Einführung eines effektiven Entgeltgleichheitsgesetzes, auch für kleine Betriebe. ➤ Umwandlung von Minijobs in sozialversicherungspflichtige Beschäftigung. ➤ Ausweitung der 50-Prozent-Frauenquote auf alle 3.500 börsennotierten und mitbestimmten Unternehmen. 	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Grundlegender Kurswechsel in der Arbeitsmarkt-, Sozial- und Wirtschaftspolitik. ➤ Einführung eines verbindlichen Entgeltgleichheitsgesetzes und von Lohnmessungsinstrumenten ➤ Abschaffung des Niedriglohnbereichs (da in ihm mehrheitlich Frauen tätig sind). 	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Einführung eines flexiblen Arbeitsmarkts, der Männern wie Frauen faire Chancen bietet. ➤ Ermunterung von Frauen, klassische Männerbranchen zu erobern. ➤ Abbau gesellschaftlicher Hemmnisse, wenn Männer vermeintliche Frauenberufe ergreifen. 	-



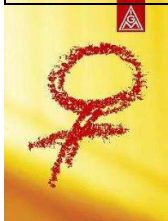
**IG Metall-Frauen
Esslingen**









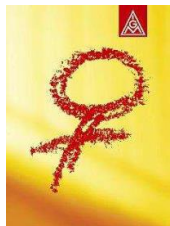
- Aufwertung sozialer Berufe (gemeinsam mit den Tarifpartnern), in denen vor allem Frauen arbeiten.
- Einführung verpflichtender Prüfverfahren der Entgeltstrukturen.
- Ausweitung der bereits eingeführten Frauenquote für Führungspositionen in der Privatwirtschaft und im öffentlichen Dienst auf die Bereiche Medien, Kultur, und Wissenschaft.
- Verbesserung der Berufs- und Aufstiegschancen von Frauen in der Privatwirtschaft mit einem Gleichstellungsgesetz.
- Einführung eines Frauenanteils von mindestens 40 Prozent in Führungspositionen in der Wissenschaft (verbindliche Quote für alle direkt personalwirksamen Maßnahmen des Bundes).

- Einführung von Maßnahmen zur Qualifizierung von Frauen für Führungspositionen auf allen betrieblichen Ebenen, in denen Frauen unterrepräsentiert sind.

- Anerkennung und bessere Bezahlung von gesellschaftlich unverzichtbarer Arbeit mit den Menschen in Kindertagesstätten, in Pflegeberufen und in der sozialen Arbeit.
- Einführung eines verbindlichen Entgeltgleichheitsgesetzes samt Verbandsklagerecht.
- Umverteilung der gut bezahlten Erwerbsarbeit hin zu Frauen.
- Einführung eines Gleichstellungsgesetzes für die Privatwirtschaft, das nicht nur die 101 Dax-notierten Unternehmen und nicht nur die Aufsichtsräte betrifft.
- Abschaffung der unverbindlichen Flexi-Quote und Einführung einer verbindlichen Frauenquote von 50 Prozent für alle Aufsichtsräte sowie für die Vorstände aller Unternehmen.









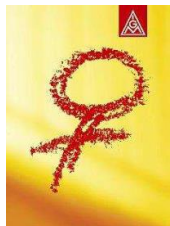
						
Vereinbarkeit von Familie und Beruf	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Wahlfreiheit der Eltern im Hinblick auf Erziehung und Betreuung ihrer Kinder. ➤ Flächendeckendes Angebot an Kinderbetreuung. ➤ Rechtsanspruch auf Kindergartenplatz und auf einen Kita-Platz wurde bereits eingeführt. ➤ In Absprache mit den Sozialpartnern Schaffung eines Anspruchs auf befristete Teilzeit in Betrieben ab einer bestimmten Größe. ➤ Regelmäßige Beratung über Möglichkeiten zur beruflichen Wiedereingliederung alleinerziehender Mütter und Väter, die nach der Geburt ihrer Kinder auf Berufstätigkeit verzichtet haben. 	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Reduzierung der Rentenlücke von Frauen (durchschnittlich 54 Prozent) durch existenzsichernde Arbeit anstelle prekärer Beschäftigung. ➤ Reform des Teilzeit- und Befristungsgesetzes – vor allem hinsichtlich der Regelungen zum Recht auf befristete Teilzeit und der Teilhabe an Qualifizierungsmaßnahmen. ➤ Mehr selbstbestimmte Arbeitszeitgestaltung, um mehr Vereinbarkeit von Arbeit und Leben zu ermöglichen. 	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Mehr Zeitsouveränität für Beschäftigte, um Arbeit, Privat- und Familienleben besser vereinbaren zu können. ➤ Mehr Mitspracherecht über den Umfang, die Lage und den Ort ihrer Arbeit. ➤ Einführung einer Wahlarbeitszeit zwischen 30 und 40 Wochenstunden (flexibler Arbeitszeitkorridor). ➤ Absenkmöglichkeit der Stundenzahl, für Kinderbetreuung, Pflege und Weiterbildung mit finanzieller Absicherung. ➤ Einführung des Rückkehrrechts auf Vollzeit. 	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Schaffung eines ausreichenden, bedarfsgerechten und qualitativ hochwertigen beitragsfreien Ganztags-Betreuungsangebot für Kinder (Rechtsanspruch für Kinder unabhängig vom Erwerbsstatus der Eltern). ➤ Schaffung von Arbeitszeitmodellen, die Müttern und Vätern ermöglichen, ihren Beruf mit Familie und Privatleben unter einen Hut zu bringen. ➤ Mehr Zeitautonomie statt einer Flexibilisierung von Arbeitszeit. ➤ Mehr Personal in Betrieben, um z. B. den Ausfall durch Kindkrank-Tage auszugleichen. 	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Einführung eines flexiblen Arbeitsmarkts, der Männern wie Frauen faire Chancen bietet. ➤ Einsatz für flexible Arbeitszeitmodelle und digitale Arbeitsplätze, damit zeit- und ortsunabhängiges Arbeiten möglich wird, sodass Familie und Job leichter vereinbar sind. ➤ Ermunterung von Frauen, klassische Männerbranchen zu erobern, deren Jobs meist besser bezahlt sind. ➤ Wunsch nach mehr Frauen in Führungsverantwortung, sowohl in der Wirtschaft als auch im öffentlichen Dienst. ➤ Erwartung an Unternehmen in Deutschland eine deutliche Verbesserung des Frauenanteils in Führungspositionen zu erzielen. 	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Schaffung von mehr Möglichkeiten, dass eine Familie mit kleinen Kindern von einem Gehalt leben kann, so dass die Eltern frei zwischen Berufstätigkeit oder Erwerbspause entscheiden können. ➤ Erleichterung der Wiederaufnahme des Berufs im Anschluss an eine Betreuungspause.



**IG Metall-Frauen
Esslingen**









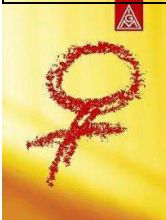
						
	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Gemeinsam mit den Tarifpartnern Entwicklung flexibler Modelle, die es Familien ermöglichen, gemeinsam mehr Zeit miteinander zu verbringen. ➤ Prüfung, ob im Rahmen von Familien- und Lebensarbeitszeitkon-ten mehr Spielraum für Familienzeit geschaffen werden kann. 	<ul style="list-style-type: none"> ➤ In enger Abstimmung mit Gewerkschaften und Unternehmen Einführung eines Wahlarbeitszeitgesetzes, in dem Rechtsansprüche der Beschäftigten, finanzielle Unterstützung in bestimmten Lebensphasen und Anreize für die Aushandlung betrieblicher Wahlarbeitskonzepte miteinander verzahnt sind. ➤ Verankerung der Beauftragten für Chancengleichheit im SGB II, um die Chancen von langzeitarbeitslosen Frauen zu verbessern. 		<ul style="list-style-type: none"> ➤ Einführung eines besonderen Kündigungsschutzes für Eltern bis zur Vollendung des sechsten Lebensjahres des Kindes. ➤ Kostenfreie Weiterbildungsangebote nach einer schwangerschafts- und erziehungsbedingten Pause. ➤ Einführung eines Rechts auf vorübergehende Arbeitszeitverkürzung. ➤ Einführung eines Rückkehrrechts auf die vorherige vertragliche Arbeitszeit (Rechtsanspruch auf Erhöhung der Arbeitszeit, sofern in dem Unternehmen Arbeit mit der entsprechenden Qualifikation vorhanden ist). 	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Ablehnung einer gesetzlichen Quote. ➤ Stattdessen Schaffung von Anreizen für die Unternehmen, verbindliche Berichtspflichten und transparente Selbstverpflichtungen einzuführen. 	



**IG Metall-Frauen
Esslingen**




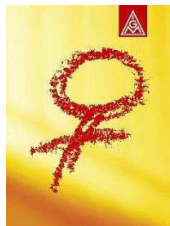
						
		<ul style="list-style-type: none"> ➤ Einführung einer Familienarbeitszeit und eines Familiengeldes (erster Schritt war die Einführung des ElterngeldPlus, zweiter Schritt Familienarbeitszeit und Familiengeld, wenn beide Eltern ihre Arbeitszeit partnerschaftlich aufteilen). 		<ul style="list-style-type: none"> ➤ Gesellschaftliche Anerkennung von Erziehungs- und Pflegearbeit und stärkere Berücksichtigung bei der Arbeitszeitgestaltung. ➤ Einführung eines Rechtsanspruchs auf familiengerechte und kürzere Arbeitszeiten für alle, die Verantwortung in Erziehung und Pflege übernehmen. 		
Finanzielle Maßnahmen	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Anhebung des Kinderfreibetrags in zwei Schritten auf das Niveau des Erwachsenenfreibetrags. ➤ Erhöhung des Kindergelds im ersten Schritt um 25 Euro je Kind (300 Euro mehr pro Kind und Jahr). ➤ Weitere Erhöhung im zweiten Schritt – abhängig von der wirtschaftlichen Lage – spätestens in der darauffolgenden Legislaturperiode. 	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Einführung eines Familientarifs mit Kinderbonus, von dem verheiratete und unverheiratete Eltern mit Kindern, wie auch Alleinerziehende profitieren: Jedes Elternteil soll künftig 150 Euro pro Kind von seiner Steuerlast abziehen können (im Familientarif können Ehepartner Einkommensanteile von höchstens 20.000 Euro untereinander übertragen). 	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Einführung eines grünen Familien-Budgets: Einkommensunabhängige Kindergrundsicherung, die das Kindergeld und die Kinderfreibeträge ersetzt. Die Regelsätze für Kinder und Erwachsene in der Grundsicherung müssen so ermittelt werden, dass sie das Existenzminimum verlässlich und in ausreichender Höhe absichern. 	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Erhöhung des Kindergelds für alle Kinder auf 328 Euro. ➤ Ergänzung im Bedarfsfall durch entsprechend regionalisiertes Wohngeld (in Gegenden mit besonders hohen Mieten). ➤ Einführung einer eigenständigen, individuellen Grundsicherung in Höhe von zu versteuernden 573 Euro für alle in Deutschland lebenden Kinder und Jugendlichen. 	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Einführung eines „Kindergeld 2.0“ (eigenständiger Anspruch des Kindes), bestehend aus einem einkommensunabhängigen Grundbetrag, einem einkommensabhängigen Kinder-Bürgergeld (Flexi-Betrag), das die wirtschaftliche Situation der Eltern berücksichtigt, und den Gutscheinen für Leistungen für Bildung und Teilhabe.“ 	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Einführung eines Ehe-Start-Kredits mit Teilerlassen für Kinder zur Motivation von Ehepaaren, eher mit der Familienplanung zu beginnen. ➤ Ersatz von Fahrtkosten und Zuzahlungen bei medizinisch notwendigen Arztbesuchen für bedürftige Familien mit Kindern und werdende Eltern. ➤ Leichter Zugang zu Leistungen zur Teilhabe (Schulbus, Schulausstattung, Klassenfahrten,...).



**IG Metall-Frauen
Esslingen**









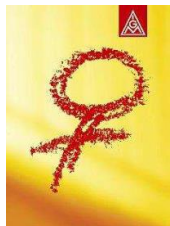
						
	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Einführung eines Baukindergelds (Bestands- und Neubauten) in Höhe von 1.200 Euro je Kind und pro Jahr über einen Zeitraum von zehn Jahren (für alle Kaufverträge bzw. Baugenehmigungen seit dem 1. Juli 2017). 	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Wahl zwischen dem (bisherigen) Ehegattensplitting und dem neuen Familientarif mit Kinderbonus. ➤ Einführung eines sozial gestaffelten Familienbaugelds zum erleichterten Erwerb von Wohneigentum für Familien mit niedrigen und mittleren Einkommen. 	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Eltern mit geringen Einkommen erhalten einen einkommensabhängigen Kindergeldbonus, der ihren Bedarf (sächliches Existenzminimum) unbürokratisch und ohne Antrag garantiert. ➤ Bau von einer Million Wohnungen mit Sozialbindung. 	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Bau von mindestens 250.000 neuen Sozialwohnungen im Jahr. ➤ Überprüfbare Verpflichtung von Bund, Ländern, Kreisen und Kommunen zur Schaffung sozialen Wohnraums. ➤ Abbau von Fehlbelegungen. 		<ul style="list-style-type: none"> ➤ Förderung der anerkannten Freiwilligendienste, damit diese auch Kindern zugänglich werden, deren Eltern ein geringes Einkommen haben. ➤ Erlass von BaFöG-Rückzahlungen, wenn Studenten und Auszubildende während ihres Studiums/ihrer Ausbildung oder kurz danach Eltern werden (bei gutem Berufs- oder Studienabschluss). ➤ Jugendliche in Ausbildung sollen einen Ausgleich für die von Kommunen erhobene Zweitwohnungssteuer erhalten. ➤ Einführung eines Familiensplittings, das über angemessene Freibeträge pro Familienmitglied zu einer spürbaren Entlastung von Familien führen soll.



**IG Metall-Frauen
Esslingen**



						
Kinderbetreuung	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz und auf einen Kita-Platz bereits eingeführt. ➤ Einführung eines Rechtsanspruchs auf Betreuung im Grundschulalter. ➤ Erhalt der Vielfalt der bestehenden Betreuungsmöglichkeiten (z.B. Kinderhorte). ➤ Schaffung von Anreizen für mehr Engagement aufseiten der Unternehmer (Ausweitung der Steuerbefreiung für Zuschüsse der Arbeitgeber für Betreuungskosten bis zum Ende der Grundschule). 	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Schrittweise Abschaffung der Kita-Gebühren. Investitionen für Bildung und Betreuung am Nachmittag ➤ Einführung eines Rechtsanspruchs auf Ganztagsbetreuung von Kita- und Grundschulkindern (mit finanzieller Beteiligung des Bundes). ➤ Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf durch bedarfsgerechte Betreuungsangebote zu anderen Tageszeiten als bisher. 	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Ausbau des Angebots und Verbesserung der Qualität der frühkindlichen Förderung (mind. drei Milliarden Euro pro Jahr). ➤ Einführung eines Anspruchs für alle Kinder auf einen Ganztagsplatz in einer guten Kita. ➤ Grundsätzliches Ziel ist die beitragsfreie Bildung von Anfang an – auch in Kitas. Zunächst soll in den Ausbau und in die starke Verbesserung der Qualität investiert werden. ➤ Einführung eines Rechtsanspruchs auf Ganztagsbetreuung in der Grundschule bis zum Ende der vierten Klasse. 	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Schaffung eines Rechtsanspruchs für Kinder auf ein ausreichendes, bedarfsgerechtes und qualitativ hochwertiges beitragsfreies Ganztags-Betreuungsangebot mit flexiblen Öffnungszeiten, unabhängig vom Erwerbsstatus der Eltern. ➤ Abschaffung jeglicher Gebühren im öffentlichen Bildungssystem. ➤ Einführung eines täglich kostenlosen, gesunden, warmen Schulessens. ➤ Einführung eines Rechtsanspruchs auf Ganztagsbetreuung in der Grundschule (Ziel: jedes Kind muss die Möglichkeit haben, eine Ganztagschule zu besuchen). 	-	-
Direktkandidatinnen	3 von 38	18 von 38	15 von 38	12 von 38	7 von 38	4 von 38
Landesliste	31 von 60	18 von 39	20 von 40	8 von 16	7 von 37	4 von 30

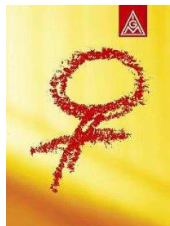


**IG Metall-Frauen
Esslingen**



Wir haben die Wahlprogramme nicht bewertet und sprechen auch bewusst keine Wahlempfehlung aus. Jede möge sich bitte selbst ein Bild darüber machen, welche Positionen der eigenen Meinung am ehesten entsprechen. Es empfiehlt sich außerdem, das eine oder andere Wahlprogramm ganz zu lesen oder sich zumindest einen Überblick über die verschiedenen Politikbereiche zu verschaffen (gut geeignet ist der Wahl-O-Mat: www.bpb.de/politik/wahlen/wahl-o-mat/), hier würde das den Rahmen sprengen. Auf der Homepage www.igmetall.de gibt es weitere Informationen, auch über die Positionen der IG Metall. Es liegt nun an Ihnen/Euch, die „richtige“ Wertung vorzunehmen und die „richtige“ Wahl zu treffen.

**Wichtig ist vor allem, dass wir Frauen wählen gehen
– denn sonst entscheiden Männer über uns!**



**IG Metall-Frauen
Esslingen**

